

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

68 (21.3.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 12.50 M. monatlich. — Einzelhefte 60 Pf. Ausgabe: Verlags mittags, Geschäftsstelle 7.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Rüstet zur Maifeier!

Zum viertenmal seit Beginn des großen Nordens begehrt das Proletariat seinen Weltfeiertag. Aber obwohl die Zeit, die uns vom Weltkrieg trennt, fast dessen Länge erreicht hat, liegt Europa noch immer krank und fiebernd an seinen Wunden. Ein durch Gewalt statt durch Vernunft diktiert, schließt man bei Siegern und Besiegten, schafft ständig neue Konflikte und Beunruhigungen.

Bei diesen Folgen beginnt auch in den Kreisen, die auf das Mittelmeer der Gewalt eingeschworen waren, langsam die Erkenntnis zu dämmern, daß unter dem Diktat des Abels ein Wiederaufbau Europas unmöglich ist. Die einzige Klasse jedoch, die klar erkannt und von Anfang an verstanden hat, daß nur durch friedliche Verständigung zwischen den Völkern

den Rand des Abgrundes gebracht hat und jetzt vollends hineinanzuführen droht. Ihm gegenüber entfaltet die Sozialdemokratie am ersten Mai mit aller Kraft das Banner der internationalen Solidarität und Völkerverständigung, sie verurteilt jene allumfassende Menschenliebe, die nicht etwa die Liebe zum eigenen Volke und Lande ausschließt, sondern die höhere Stufe des Gemeinheitsgeistes über ihr bedeutet. An dem Siege dieser Gedanken hängt die Rettung der europäischen Kultur vor vollkommener Vernichtung durch den Nationalismus!

Damit der Gedanke der Völkerverständigung siegen kann, hat die durch Versäuberung des militaristisch-monarchistischen Systems verursachten Kriegsschäden mit seiner Arbeit wieder gut zu machen. Nur aus einer Politik der Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen kann der Verständigungsgebäude bei den Völkern emporsteigen, deren Länder mit Ruinen des Krieges angefüllt sind. Nur diese Politik des deutschen Volkes wird die Verwirklichung des Kräfte des deutschen Volkes weit über die eigenen und auch bei bestem Willen nicht geleistet werden können.

Freilich erwachsen dem deutschen Volke aus dieser Erfüllung neue schwere Lasten zu der ungeheuren Verarmung, die der Krieg herbeigeführt hat. Wir müssen verlangen, daß diese Lasten vornehmlich von denen getragen werden, die von der allgemeinen Verarmung nicht betroffen worden sind. Ohne deutlich sichtbare Opfer des alten und des neuen Besitzes

ist das Finanzproblem nicht zu lösen. Die Befreiung der Sachverie wird und muß einmal kommen. Wenn die Besiegten sich vordringlich auch abgewehrt haben, wird die Sozialdemokratie ihr Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

Die Sozialdemokratie wird auch alle Bestrebungen der kapitalistischen Kreise abwehren, die darauf abzielen, durch Befestigung des Achtstundentages die Reparationslasten allein der Arbeiterklasse aufzubürden. In der Einführung des achtstündigen Arbeitstages erblickt das Proletariat eine der größten Errungenschaften der Revolution. Es wird diese Errungenschaft mit der äußersten Energie zu verteidigen wissen.

Schwer zu Boden gedrückt wird die Arbeiterklasse durch das gewaltige Anwachsen der Teuerung. Soweit diese in dem herrschenden Gewaltfrieden ihre Ursache hat, kann sie nur durch die von der Sozialdemokratie betriebene internationale Verständigungspolitik bekämpft werden. Zum andern Teil freilich ist die Teuerung die Folge des Wuchers, namentlich des Wuchers mit den notwendigsten Nahrungsmitteln. Wegen ihn verlangen wir die schärfsten staatlichen Maßnahmen.

Über allen Tagesfragen aber leuchtet uns das unverrückbare Ziel des Sozialismus als des einzigen Zustandes, der die menschliche Gesellschaft aus den jetzigen Widersprüchen und Wunden befreien kann. Aus den Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit hat die Arbeiterklasse die Lehre gezogen, daß nur

die Überwindung des selbstgerechten imperialistischen Nationalismus

der nur die Interessen des eigenen Landes kennt und allen anderen Völkern gegen diese die Voreinsberechtigung abspriht. Dieser selbstüberhebliche Nationalismus ist es, der die Welt an

für sie selber und für die Menschheit überhaupt bessere Zeiten bringen kann. Der sozialistische Gedanke lebt und markiert. Wenn auch das Vernichtungswort des Krieges die wirtschaftliche Bewirkung des Sozialismus erschwert und hinausgeschoben hat, so hat dafür die Revolution seine politische Grundanlage geschaffen: die demokratische und republikanische Freiheit. Indem sie diese gegen alle reaktionären Mächte mit Gut und Blut verteidigt, schützt die Arbeiterklasse den heiligen Boden, aus dem die Saat einer besseren, froheren Zukunft reift. Ihr harren wir vertrauensvoll entgegen, indem wir den ersten Mai feiern mit der Parole:

Für Völkerverständigung! Für Schutz des Achtstundentages! Für Freiheit und Sozialismus! Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Sachverständigen-Konferenz in London
Paris, 20. März. Die französischen Sachverständigen haben gestern früh Paris verlassen, um sich nach London zu begeben, wo heute Montag die Prüfung der technischen Protokolle für die Tagesordnung der Konferenz von Genua bestimmt wird. Ministerpräsident Poincaré hat gestern nachmittags den Führer der Delegation, Schaubert, empfangen und ihm die letzten Anweisungen gegeben.

Fransösishe Militärlager in der Pfalz
Die „München-Angeb.“ Abendzeitung“ sagt zu der Anlage eines neuen französischen Truppenübungsplatzes in Ludwigswinkel in der Pfalz, daß hier eine unerhörte Verletzung des Versailler Vertrages vorliegt. Wenn der Truppenübungsplatz für die modernen Verhältnisse zu klein erscheinen müßten ihn die Franzosen auf anderem, vorzüglich französisches Gebiet erweitern, nicht aber durch Hebesegreifen in das angrenzende bayerische Gebiet. Das ganze Verlangen sei nur verständlich, wenn man im Auge behalte, daß die Franzosen seit dem Vertrag, daß die Befestigung der bayerischen Pfalzzone eine endgültige sein wird.

Gesandten zu sprechen verlangten. Ein Legationssekretär empfing darauf eine Abordnung, bestehend aus Stano von Sonnig, Graf Grundemann und Marschalldirektor A. D. Pöschmann. Letzterer setzte auseinander, daß die Karlisten von tiefstem Schmerz erfüllt seien, weil nach einem aus London eingetroffenen Brief einer Hofdame die Lage des Kaiserspaars als „unwürdig“ dargestellt wird. Er hat, zwei Gesuche an den König und die Königin von England zu übermitteln, damit sie zugunsten der „Gefangenen von Madeira“ einschritten. Der Legationssekretär nahm die Gesuche entgegen mit der Bemerkung, daß die Völkerverständigung in Paris augenblicklich sich noch mit der Frage der Substitutionsmittel für Kaiser Karl beschäftigt. Als den auf der Straße wartenden Anhängern von der Unterredung mit dem Diplomaten Bericht erteilt wurde, brachen diese in Hochrufe auf den König von England und den Kaiser von Österreich aus.

Die deutschen Vorbereitungen auf Genua
Berlin, 20. März. Morgen findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der Außenminister Dr. Rathenau über die Vorbereitungen zur Konferenz von Genua Bericht erteilt wird. In dieser Kabinettsitzung wird auch die endgültige Zusammensetzung der deutschen Delegation erfolgen. Vor seiner Abreise nach Genua hat Außenminister Dr. Rathenau noch Gelegenheit gehabt, sein Programm bei der Beratung des Rates des Auswärtigen Amtes im Reichstag zu entwickeln.

Rückzug aller amerikanischen Truppen vom Rhein
Paris, 21. März. Neuter meldet aus Washington: Der Staatssekretär für Kriegswesen Weeks hat angeordnet, daß alle noch im Rheinland befindlichen amerikanischen Truppen bis 1. Juli zurückgezogen werden.

Die früheren deutschen Kallager im Elsf
M. Paris, 18. März. Die franz. Kammer lehnte bei der Diskussion über die elfässischen Kallager einen sozialdemokratischen Antrag auf Verstaatlichung der Gruben ab. Sie verwarf den Regierungsantrag auf Verpachtung der Gruben an drei Gesellschaften und beauftragte die Regierungskommission, entsprechend dem Antrag auf Verpachtung, ein neues Projekt auszubereiten.

Die Delegationen
Rom, 21. März. Die englische Delegation für Genua wird morgen Mitglieder umfassen. Sie wird im Schloß „Vila Marini“ unter der Leitung von Lord Curzon wohnen. Die deutsche Delegation kommt mit 14 Delegierten, die Schweizer mit 8, Franzosen mit 20, die Zahl seiner Vertreter noch nicht angegeben. Dänische Delegierte, die 3. L. im Hotel „Eden“ und 2. L. im Hotel „Savaria“ wohnen werden. Die 110 italienischen Delegierten wohnen in „Rivoli“ und Splendidi, die 100 Japaner in „Marvege“, 10 Schweden, 10 Dänen, 10 Holländer, 4 Luxemburger, 15 Spanier, 9 Portugiesen, 7 Ungarn, 6 Oesterreicher, 60 Polen, 12 Australier, 40 Polen, 7 Litauer, 6 Esten, 6 Letten, 60 Finnen, 7 Finnländer, 22 Griechen, 8 Albaner und 22 Rumänen.

Belgische Sozialisten in Deutschland
W. Berlin, 20. März. Gestern abend trafen hier 25 Mitglieder der belgischen sozialistischen Partei ein, die eine Studienreise durch das westdeutsche Industriegebiet unternehmen. Die sozialdemokratische Partei Köln veranstaltete aus diesem Anlaß gestern abend im Gürzenichsaal eine Rundgebung für die Internationale, bei der der Führer der belgischen Sozialisten Deuch de Man in seinen Ausführungen darauf hinwies, daß er mit seinen belgischen Freunden nicht nach Deutschland gekommen sei, um Freunde zu haben an dem hier herrschenden Gleich, das sei auch in Frankreich und Belgien. Immer mehr scheine die Ansicht durchzubringen, daß kein Sieg aus dem Weltkrieg als Sieger hervorgegangen sei, und daß es falsch sei, im Frieden den Krieg fortzusetzen. Die Entwertung der Saluta habe zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten größer sei als in den besetzten Ländern. Die Fortsetzung der Macht- und Bedrohungspropaganda zum Kanon. Alle Länder müßten zusammenarbeiten zur Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa. Das Gebot für die Entente-mächte sei, nicht mehr die Fragen der inneren Politik ohne Rücksicht auf die Interessen eines anderen Volkes zu lösen. Ein tatkräftiger Wiederaufbau müßte sofort in die Wege geleitet werden. Er schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Forderung der Aenderung des Versailler Vertrages und der sofortigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes.

Kleine Nachrichten
Berlin. Der Magistrat hat beschlossen, den Mietzuschlag für Wohnungen auf 120 Prozent der Friedensmiete festzusetzen. Für gewerbliche Räume bis 2000 M. Friedensmiete beträgt der Zuschlag 120 Prozent, bis 5000 M. 150 Proz. und über 5000 M. 180 M.
Turin. Der Todessturz aus dem Fallschirm. Der dänische Fallschirmkrobat Harris Larsen ist am Sonntag auf dem Flugfelde Ansaldo in Turin vor 30.000 Zuschauern zu Tode gestürzt. Bei dem ersten Versuch zum Abprung aus der Höhe von 1200 Metern hatte der Akrobat noch rechtzeitig eine Unregelmäßigkeit am Fallschirm entdeckt und blieb an der Kabine hängen, bis das Flugzeug den Boden erreicht hatte. Beim zweiten Abprung aus 1200 Meter Höhe öffnete sich der Fallschirm zu spät. Durch die Wucht des Sturzes rissen daher die Verbindungsriemen bei der nachträglichen Öffnung und der Akrobat stürzte vor der erwarteten Menge blühschnell zur Erde, während der Fallschirm langsam niederfiel. Der Unglückliche wurde als unförmliche Leiche vom Blase getragen. Harris Larsen war 31 Jahre alt. Er hat in ganz Europa schon über 80 gelungene Fallschirmexperimente ausgeführt. Vor dem Aufstieg hatte er sein Testament hinterlassen.

Vertreter der amerikanischen Finanz- und Handelswelt in Genua
M. Paris, 20. März. Es bestätigt sich, daß die amerikanischen Finanz- und Industriewelt auf der Konferenz von Genua vertreten sein wird. Bereits sind der Bankier Vanderbilt und der einflussreiche Besitzer von der Standard Oil Compagnie in Europa William Beaumont Whitney mit seiner amerikanischen Vertreter der amerikanischen Regierung, aber er werde zweifellos während seines Aufenthaltes in Genua mit mehreren Mitgliedern

Die „Gefangenen von Madeira“
Wien, 20. März. Am Sonntag erschien vor der englischen Gesandtschaft eine Schar österreichischer Monarchisten, die den

den Rand des Abgrundes gebracht hat und jetzt vollends hineinanzuführen droht. Ihm gegenüber entfaltet die Sozialdemokratie am ersten Mai mit aller Kraft das Banner der internationalen Solidarität und Völkerverständigung, sie verurteilt jene allumfassende Menschenliebe, die nicht etwa die Liebe zum eigenen Volke und Lande ausschließt, sondern die höhere Stufe des Gemeinheitsgeistes über ihr bedeutet. An dem Siege dieser Gedanken hängt die Rettung der europäischen Kultur vor vollkommener Vernichtung durch den Nationalismus!

Damit der Gedanke der Völkerverständigung siegen kann, hat die durch Versäuberung des militaristisch-monarchistischen Systems verursachten Kriegsschäden mit seiner Arbeit wieder gut zu machen. Nur aus einer Politik der Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen kann der Verständigungsgebäude bei den Völkern emporsteigen, deren Länder mit Ruinen des Krieges angefüllt sind. Nur diese Politik des deutschen Volkes wird die Verwirklichung des Kräfte des deutschen Volkes weit über die eigenen und auch bei bestem Willen nicht geleistet werden können.

freilich erwachsen dem deutschen Volke aus dieser Erfüllung neue schwere Lasten zu der ungeheuren Verarmung, die der Krieg herbeigeführt hat. Wir müssen verlangen, daß diese Lasten vornehmlich von denen getragen werden, die von der allgemeinen Verarmung nicht betroffen worden sind. Ohne deutlich sichtbare Opfer des alten und des neuen Besitzes ist das Finanzproblem nicht zu lösen. Die Befreiung der Sachverie wird und muß einmal kommen. Wenn die Besiegten sich vordringlich auch abgewehrt haben, wird die Sozialdemokratie ihr Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

Die Sozialdemokratie wird auch alle Bestrebungen der kapitalistischen Kreise abwehren, die darauf abzielen, durch Befestigung des Achtstundentages die Reparationslasten allein der Arbeiterklasse aufzubürden. In der Einführung des achtstündigen Arbeitstages erblickt das Proletariat eine der größten Errungenschaften der Revolution. Es wird diese Errungenschaft mit der äußersten Energie zu verteidigen wissen. Schwer zu Boden gedrückt wird die Arbeiterklasse durch das gewaltige Anwachsen der Teuerung. Soweit diese in dem herrschenden Gewaltfrieden ihre Ursache hat, kann sie nur durch die von der Sozialdemokratie betriebene internationale Verständigungspolitik bekämpft werden. Zum andern Teil freilich ist die Teuerung die Folge des Wuchers, namentlich des Wuchers mit den notwendigsten Nahrungsmitteln. Wegen ihn verlangen wir die schärfsten staatlichen Maßnahmen. Über allen Tagesfragen aber leuchtet uns das unverrückbare Ziel des Sozialismus als des einzigen Zustandes, der die menschliche Gesellschaft aus den jetzigen Widersprüchen und Wunden befreien kann. Aus den Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit hat die Arbeiterklasse die Lehre gezogen, daß nur für sie selber und für die Menschheit überhaupt bessere Zeiten bringen kann. Der sozialistische Gedanke lebt und markiert. Wenn auch das Vernichtungswort des Krieges die wirtschaftliche Bewirkung des Sozialismus erschwert und hinausgeschoben hat, so hat dafür die Revolution seine politische Grundanlage geschaffen: die demokratische und republikanische Freiheit. Indem sie diese gegen alle reaktionären Mächte mit Gut und Blut verteidigt, schützt die Arbeiterklasse den heiligen Boden, aus dem die Saat einer besseren, froheren Zukunft reift. Ihr harren wir vertrauensvoll entgegen, indem wir den ersten Mai feiern mit der Parole:

Für Völkerverständigung! Für Schutz des Achtstundentages! Für Freiheit und Sozialismus! Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zur Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern

In der Plenarsitzung des Reichstags vom letzten Mittwoch brachte, veranlaßt durch eine Bemerkung des kommunistischen Abg. Koenen, anläßlich der Beratung des Gesetzes über die Vereinigung von Preußen mit Preußen unter Abgeordneter Oster-Gied in aller Kürze den Stand der Frage des politischen Zusammenhanges von Baden und Württemberg zur Sprache. Er führte dabei — indem er sich vorbehaltlich, bei anderer Gelegenheit eingehender auf diese Angelegenheit zurückzukommen — nach dem amtlichen Stenogramm das folgende aus:

Abg. Weck (Mannheim): Der Herr Abg. Koenen hat nach meiner Ansicht mit Recht sich über das langsame Tempo beschwert, in dem in Deutschland die sogen. politische Flurbereinigung vor sich geht. Er hat dabei auch die Auffassung vertreten, daß oben bei uns in der Süddeutsche des Reiches, einmal mit den ethnologisch, verkehrs- und wirtschaftspolitisch wie verwaltungsgewandtschaftlich völlig fließenden Innengrenzen ausgeräumt werden müsse. Und es hat gemeint, wenn das kleine preussische Hohenzollern sich mit Württemberg zusammenschließen (was es ablehne), so würde damit auch die Frage Württemberg-Baden, die nun schon seit längerer Zeit schwebt, vorwärts gebracht (Sehr richtig! bei den Kommunisten). Diese Auffassung, deren Tendenz ich im übrigen durchaus billige, ist jedoch unrichtig. In Wirklichkeit liegen die Dinge bei uns da oben so, daß die preussischen Hohenzollern es ablehnen, zu Württemberg zu gehen (Oho! bei den Komm.). — Herr Kollege Dr. Levi, Sie sind ja zwar „Hohenzoller“ (Heiterkeit), aber ich glaube, in diesem Falle sind Sie nicht richtig unterrichtet. Wenn Sie sich bemühen, sich über den Verlauf der einschlägigen Verhandlungen in der „Zentralstelle für die Gliederung des Reiches“ zu verlässigen, so werden Sie sich von dem folgenden Tatbestand überzeugen:

Die Hohenzollern — also Ihre Landsleute, Herr Kollege Levi! — stehen auf dem Standpunkt daß sie in ihrer Gesamtheit weder zu Württemberg noch zu Baden gehen, daß sie aber sehr wohl geneigt und auch willens sind, zu einem vereinigten Baden und Württemberg zu stoßen, zu dem sogenannten Großschwaben, wie es die Württemberger nennen. Und Preußen ist ja auch geneigt, sie unter dieser Voraussetzung aus seinem Staatsverband zu entlassen. Die Hohenzollern nehmen diese faktische Haltung offenbar auch deshalb ein, weil sie glauben, dadurch dem Gedanken der Vereinigung von Baden und Württemberg einen starken Aufstoß zu geben, so daß die Dinge in der Süddeutsche des Reiches endlich einmal ins Klare kommen. Die Hohenzollern sind also gar nicht so preussisch-partikularistisch, wie der Herr Kollege Koenen ihnen unterstellt; sie sind im Gegenteil sehr vereinigungsfreundlich, wenn man ihnen dazu durch den Zusammenschluß von Baden und Württemberg die erforderliche Voraussetzung schafft.

Nun wissen wir daß die Württemberger in dieser Frage — wie die „Schwaben“ aus Badenern ja überhaupt in allen Dingen voraus sind (Heiterkeit) — eine sehr vernünftige, liberale und fortschrittliche Haltung einnehmen. In Württemberg ist man in den weitesten Kreisen davon überzeugt, daß der Zusammenschluß des Landes mit dem benachbarten Baden für beide Teile ein großer politischer, wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Vorteil wäre. Noch nicht so weit ist man dagegen bei uns in Baden. In Karlsruhe haben wir eine sehr starke Opposition gegen den Zusammenschluß, und die einzelne Partei, die bei uns für den letzteren eintritt, ist die sozialdemokratische (Zuruf beim Zentrum: Aber nicht einstimmt!). Wir empfinden es in dieser Frage als einen großen Nachteil, daß die erwähnte Zentralstelle für die Gliederung des Reiches in Berlin nicht eine genügende Initiative in der Richtung der Aufhebung innerer und wirtschaftlich nachteiliger Innengrenzen entwickelt, daß es dieser Stelle lediglich vorbehalten bleibt, sich über die einschlägigen Fragen, die da aufstehen oder von den Regierungen aufgegriffen werden, gutachtlich zu äußern, daß sie die Dinge im übrigen mehr oder weniger in der Schwebe läßt.

Wir hatten, als diese Stelle eingerichtet wurde, geglaubt, daß sie auch die grundsätzliche Aufgabe bekommen sollte, derartige Fragen von sich aus zu fördern und zu prüfen, ob nicht da und dort durch Aufhebung ethnologisch, völkisch und verkehrswirtschaftlich unvernünftiger und schädlicher Innengrenzen Ersparnisse und verwaltungsgewandtschaftliche Vorteile zu erzielen wären, und wir sind heute der Meinung, daß die Zentralstelle mehr eigene Initiative in dieser Richtung entfalten, und daß man von Berlin aus, wo diese Stelle ihren Sitz hat, auch auf diejenigen Regierungen und Regierungsstellen, die sich diesen Betreibungen beharrlich widersetzen, einen moralischen Druck ausüben sollte. Wenn sich die „Zentralstelle“ zu einer solchen Politik bekennen würde, so hätte sie bei uns in der Hauptstadt des badischen Landes, in Karlsruhe, ein sehr dankbares Wirkungsfeld in der Richtung, daß man den Gedanken, die dort in der Regierung maßgebend sind, endlich das Verhängnis dafür beibringt, daß man es in weiten Kreisen des Vaterlandes nicht

versteht, wenn die auf reinen historischen Unfallsigkeiten beruhenden Grenzen zwischen zwei Ländern, die ethnologisch, nach ihrer natürlichen Gestaltung, völkisch und verkehrswirtschaftlich wie kulturell zusammengehören, nicht endlich aus der Landkarte ausgeraubt werden. Denn, was dort oben, in der Süddeutsche des Reiches, an deutschen Innengrenzen vorhanden ist, das ist ein Strich und eine politische Scheidewand mitten durch einen zusammengehörenden Volkstamm, nämlich durch den der Schwaben, die in Baden, Württemberg und Hohenzollern nebeneinander wohnen und die durch den Zufall der napoleonischen Staatenbildung im Anfang des vorigen Jahrhunderts willkürlich auseinandergerissen worden sind.

Es wäre eine verdienstliche Aufgabe der Zentralstelle für die Gliederung des Reiches, wenn sie den Leuten in den maßgebenden Regierungsstellen, besonders bei uns in Karlsruhe, das nötige Verständnis für diese Dinge beibringen und dafür sorgen wollte, daß die politische Flurbereinigung da oben im deutschen Süddeutschen endlich zustande kommt.

Zu viel Eisenbahner?

Am 15. d. M. bekam eine Anzahl Arbeiter der Eisenbahn verkündet. Für sie ist kein Platz mehr, sie müssen gehen, denn die Eisenbahn soll sich rentieren. In „Volkstreu“ war vor einiger Zeit in 6 Artikeln zu lesen, woher das Defizit der Reichseisenbahn stammt. Das ist für Herrn Grüner neben-sächlich. Es müssen Arbeiter entlassen werden. Da die Eisenbahn sich rentieren will, weil sie keine Staatszuschüsse mehr erhält, soll hier nicht beklagt werden. Aber folgendes dürfte beachtet und auch zur Verminderung des Defizits beitragen.

Alle über 65 Jahre alten Beamten sollten in den Ruhestand versetzt werden. (Es ist ein offenes Geheimnis, daß bei der Generaldirektion eine Anzahl über 65 Jahre alte Beamte tätig und die pensioniert sind.) Es liegt mir fern, zu sagen, diese Beamten müssen weg, sie leisten nichts mehr. Sie haben wollen sie eben doch ihrer 65 Jahre noch im Dienste bleiben, um eine höhere Pension zu erzielen. Für die Rentabilität der Eisenbahn ist aber eine Pensionierung dieser Beamten eher ins Auge zu fassen, um den jüngeren Beamten das Vorwärtstommen zu ermöglichen. Das fördert die Arbeitslust. Wie sieht es aus, wenn ein älterer Beamter denkt, ich bin am Ende meiner Laufbahn, höher komme ich nicht, ob ich viel oder wenig arbeite?

Wie haben gewiß bei der deutschen Reichsbahn eine große Anzahl über 65 Jahre alte Beamte, die, wenn sie pensioniert sind, auch zur Personalverminderung beitragen. Man wird mir entgegenhalten, dann muß die Pension bezahlt werden. Gewiß! Aber, ist heute schon festgelegt, daß durch die Entlassung der Arbeiter das Defizit verringert wird? Ich bezweifle dies, denn solange die Eisenbahn noch Arbeiter durch Privatunternehmer ausführen läßt, neben den eigenen betriebsförmigen Unternehmern, gewinne zahlen muß, kann das Defizit nicht verringert werden. Ich gehe aber weiter und sage, die Reichsbahn muß dazu übergehen, sich Arbeiter zu kaufen, so sogar mehr Staatszuschüsse, besonders solche an der Bahn gelegene, beschaffen, da mit sie nicht als Ausbeuteobjekt für Kapitalisten in Betracht kommt.

Was tut die Eisenbahn? Sie entläßt ihre handwerklich vorgebildeten Arbeiter so, daß die besten Kräfte austreten und zur Privatindustrie übergehen. Statt daß die Verwaltung sich in ihrem eigenen Betriebe umsetzt, wie er rentabler gestaltet werden könnte, macht sie das Gegenteil, entläßt Arbeiter, um — es wird so kommen — späterhin noch mehr Privatunternehmer in Anspruch nehmen zu müssen.

In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten nahm Herr Kollege von Berlin hier Stellung zur Frage der verheirateten Beamtinnen und hielt eine solche Doppelbelastung für die Frau für viel zu schwer. Und da hat sie nicht Unrecht. Bei der Generaldirektion befinden sich Beamte, deren Frau ebenfalls als Beamtin bei der Generaldirektion angestellt ist. Für gewöhnlich wird es, man kann nicht auf 2 Seiten gleichzeitig sein und so wird es auch in diesem Falle sein. Der Haushalt dieser Frau muß doch darunter leiden. Herr Kollege von Berlin sagte, es kann Wölkchen geschaffen werden durch Zahlung einer Wohnungsumme. Auch diese Frage wäre zu prüfen und dürfte zur Verminderung des Defizits mit der Zeit beitragen.

Wenn der Reichsobersteuermittelminister darauf abhebt, daß Doppelbelastungen auszuscheiden haben, dann darf aber auch verlangt werden, daß die Generaldirektion in ihrem eigenen Hause Umstände schuf und dort nicht im Beamtenverhältnis stehende Beamtinnen, die es nicht nötig haben im Dienste der Eisenbahn zu sein, entläßt, denn auch dort hat es Doppelbelastungen. Gleiches Recht für alle. Ein Eisenbahner.

Badischer Landtag.

Abstimmungen — Der Baden-Badener Generalstreik — Ein Denkfzettel für die Kommunisten

gr. Karlsruhe, 20. März.
24. öffentliche Sitzung
Präsident Wittemann eröffnet die Sitzung um 3.50 Uhr. Auf eine kurze Anfrage betr. Verkauf von Stroh und Getreide zu Spekulationszwecken teilt Regierungsrat Pfisterer mit, daß die zuständigen Behörden angewiesen sind, hiergegen richtungslos vorzugehen. Doch liegen bezüglich Baden hierzu keine Tatsachen vor.

Im Eingang befindet sich der Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz für die Jahre 1920 und 1921.

Voranschlag des Ministeriums des Innern
Abstimmungen über die Anträge

Antrag der Abg. Dr. Schöfer (Str.) und Gen.: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, a) bei der Reichsregierung nachdrücklich dafür einzutreten, daß die in dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranschlagte Abänderung des geltenden Reichsstrafgesetzbuches in seinen Strafbestimmungen gegen gewerbsmäßige Unzucht (§ 181 Ziffer 6), gegen Wohnungshuppler (§ 180) und gegen Heilbesuchen (§ 184) unterbleibe und b) überzulege selbst alle zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Hebung der gewerbsmäßigen Unzucht derzeit bestehenden Vorschriften nach bester Möglichkeit durchzuführen.

Der Antrag wird mit den Stimmen des Zentrum, der Deutschen Nationalen und des Landvolkes (der letzte Teil auch mit den Stimmen der Liberalen Volkspartei und der Demokraten) angenommen.

Antrag der Abg. Frau Dr. Bernas (B. B.): Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, insbesondere der Syphilis (Anberntloze, Geschlechtskrankheiten, Alkoholmißbrauch)

Vorträge von Fachärzten
zu veranlassen, bei denen, gegebenenfalls auch durch Hilfsmittel, auf eine gesundheitsgemäße Lebensweise hingewirkt und die Folgen solcher Erkrankungen gezeigt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Frau Dr. Bernas (B. B.) begründet den Antrag der Frauen aller Fraktionen um Ausbau des Amtes der Gesundheitsfürsorge und Schaffung von Heimen für verwahrloste Jugendliche.

Der Generalstreik in Baden-Baden
Abg. Weber (B. B.) begründet seine förmliche Anfrage über den örtlichen Generalstreik in Baden-Baden. Der Antrag war ein Streik auf einer Baustelle, der einen blutigen Ausgang nahm. Der Gewerkschaftsführer hatte zu seinen Verhandlungen die Arbeitsstelle benutzt, wogegen sich der Baumeister Wassermann wanderte. Hierbei kam es zum Streit.

Hierbei steht die Aussage gegen Wassermann, daß er mit einem Eisenstiel auf Wasser geschlagen. Nach der anderen Angabe ging Wassermann meuchlings gegen Wasser vor. Dann wurde die Sache als ein Vorgang des Unternehmertums gegen die Arbeiterfrage bezeichnet. Beim folgenden Generalstreik kam es zur Ablegung lebenswichtiger Betriebe. Auf der Versammlung auf dem Leopoldplatz kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Staatsanwaltschaft ist nach meiner Auffassung durchaus geschäftsmäßig vorgegangen. Nach den nötigen Feststellungen ist Wassermann in Haft genommen worden. Die Sache handelte ich ursprünglich um einen Streitfall gegen Wasser. Es war deshalb unrichtig, wenn man sich auf eine Baustelle und ihr einen gewissen Stempel aufdrückte. Eine Baustelle der Untersuchung abwarten sollten. Das Bürgeramt der Untersuchung sehr schwer. Es wird erzählt, die Regierung in Karlsruhe habe sich mit den Maßnahmen des Generalstreiks einverstanden erklärt. Man sollte in Baden-Baden auf die ausländischen Beobachter Rücksicht nehmen.

Minister Kemme beantwortet zuerst die Anfrage bezüglich der Polizeifürsorge, die einer Kommissionsberatung bedürftig ist. Was den Baden-Badener Generalstreik betrifft, so möchte ich grundsätzlich zu einer Bürgerversammlung am 18. März sagen, daß die Urteile über den Streik je nach der Richtung auseinandergehen.

Streiks zu verhängen bin ich nicht in der Lage; dazu fehlt jede gesetzliche Grundlage. Der Antrag zum Streik gab, daß ein gewerkschaftsführer, der Tarife wegen auf der Baustelle zu tun hatte, schwer geschlagen wurde. Das Recht zum Streik kann den Arbeitern nicht genommen werden. Eine andere Frage ist es, ob keine andere Regelung möglich war. Gerade in dieser Angelegenheit zeigt mich aber sich der Unternehmer der Wirkungen

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadtgeschichte
14 Von Anna Croissant-Ruß (Fortsetzung.)

Nur fiel ihr gar nichts zu der Gelegenheit Passendes ein, ihm zu sagen.
„Gott, ich mach Ihre Müß!“ diktierte der Vorstand ihr zu sagen, aber das Herz gab ihr ein, recht verzehte Augen dazu zu machen.
„Ja, das war schließlich die Hauptsache; ob sie Schlittschuh fahren konnte oder nicht, ob der Bassisch im Klaren hing oder nicht, war gleichgültig; selbst, daß die Schlittschuher 20 Kreuzer Leihgeld gefordert hatten, konnte man verschmerzen, wenn man — suchschlich! — so im wilden Wirbel der Zeiten die dort in dem wilden Lauf wachen selbst ihre Läden rebellisch und drängten sich aus dem von Lante Mine mit eiserner Energie hergehetzen, glatten Schwellen.
Wenn er nur da war! Wenn sie nur, angestammert an ihm, über das blühende Eis getragen wurde!
Weiter, immer weiter ging, dem Fluß entlang; sie hatte die große, geduldige, dicke Kreiselmelne vollständig vergehen; sie sah nicht, daß alles nach ihr schaute und nicht, daß sich ganze Reihen Gewerkschaften rechts und links aufstellten, sie bemerkte ähre echematigen Wirtschafterinnen nicht, die den Ruff vor den Mund hielten, sie konnte doch nicht anderes sehen als ihn!
„Bin ich auch wirklich nicht zu schwer für Sie?“ hauchte endlich, etwas durch das harte Kinn erschwert, das Rosine.
„O Sie Krausbecken“, jagte er ärtlich, „Sie Chronen-schichtschel!“ (gang wie die Lante Mine im Loui). Da hielt er auch plötzlich hinter einer rötlichen Weide am Flußufer und beugte sich zu ihr herab. Er mußte sich sehr tief bücken, und das tat er auch, mit der Hand fuhr er über ihre Locken, die sich aus dem schmerzerade gezogenen Scheitel gedrängt hatten.
Sie aber, der das Herz bis an den Hals klopfte, waghete, er wolle sie küssen, verfuhrte sich zu strecken, brachte sich möglichst in seine Nähe und begann den Mund zu spitzen, während ihre Augen vor Liebe noch mehr hervorsprossen.
Er lachte, Welch schönes tiefes Lachen! Aber er tat nichts Weiteres, es war wohl noch zu früh zum Kuss und, gleich wieder

Meisterin der Situation, hätte sie: „Spielen Sie doch weiter mit der Ländes, angenehmer Freund!“
„Wieder sein honores Lachen!“
„Zeit wann sind Sie denn in mich verliebt?“ fragte der „angenehme Freund.“
„Ach Gott, frage Sie mit so dumm, Sie lieber Mensch, warum wolle Sie denn das wissen?“
„Es macht mir schrecklich viel Spaß!“ der Abonis darauf.
„Hawwe Sie's denn gemerkt?“ wisperte das Rosinehnen schüchtern und fast zugleich.
„Ja, wenn ich das nicht hätte merken sollen!“
„Ach gehn Sie, Sie sind überhaupt so angejohwärmt, Sie hatwwe so ein feelebelle Bild!“
„Wirklich? — Und was noch?“
„So — so ein verführerische kleine Schaurbar!“
„Ja? — und?“
„Brachwolle Peine!“
„Ach Gott! und — und so ein liebe, liebe Mund.“
„Das weiß ich — weiter —“
„Sie können die Mädchen so verliebt mach!“
„Wie mach ich denn das?“
„Ach gehn Sie, ich weiß nit.“
„So sagen Sie's doch!“
„Aee, — nee.“
„Nun haben Sie einen Kuh verjehzt, wenn Sie's gesagt hätten, hätten Sie einen getriegt.“
„Ach ja, — ach ja! Sind Sie doch so gut!“ hat dunkelrot und stammelnd das total aufgeschloste Rosine.
„Nein, jetzt ist's vorbei.“
Mit einem Rud hatte er sie bei der Taille und mit Bindes, ette ging's vorwärts die Straße zurück, die sie gekommen waren. Wie er sie trug! Sie floh, sie schwabte direkt in den Himmel hinein! Das wurde immer schöner, immer herrlicher. Das Chronenmelnsche freudte sich, ob, es konnte gut verbergen, daß es ein wilden Sinne, besonders wo er den kleinen Körper förmlich in die Luft hob.
„Sie sind verliebt in mich, gel.“ frohlockte es, „ich krieg schon noch ein Kuss, Sie können selber nimmer wartet! Ich komm gern am Abend in die Straße runter, wenn Sie's hatwwe wollen, und promenier mit Ihnen, wenn Sie so gut sein wollen — ich juch jetzt auf all die eingebildete Döchterhülerrinnen, ich juch auf die

groß Müller Marie, die so arg in Sie verliebt ist!“ triumphierte das Rosinehnen.
„Da! — was war das? Richtig! Ich hätte sie sich losgelassen, gerade vor der großen Müller Marie, sie schwante, süße Gell, verblüfft, unficher, während der Abonis eine tiefe Verbeugung machte:
„Ich danke Ihnen sehr, es war mir kolossal interessant.“
„Ach Gott, ach Gott! aber ich bit! Sie!“ jochte ihm das Rosinehnen nach. Da sah sie richtig und fest am Boden, das heißt auf dem Eise, ein Häuflein Elend, von einer schüchternen Kreiselmelne umrahmt, und machte Versuch um Versuch, sich in die Höhe zu rappeln.
Mund um sie war Gelächter, das sich allmählich entfernte, und es dort, groß, stolz, hoch aufgerichtet, ein schönes Traumbild, fuhr es — ein Schwand er! Und was? Dies dochhafte Gesicht, die Wänter Marie schaute er? Und die drehte sich auch noch um und wunkte mit der Hand zurück? Das Chronenmelnsche keulle vor Wut; es drehte sich links, es drehte sich rechts, immer fiel es wieder um, und niemand war da, es aufzurichten. Dreck! Kom es wenigstens auf die Knie und hatte die großen Schmelnschichtschel schäpe als Anter auf dem Eise ein.
„Rine!“ rief es mit allen Kräften, aber die gute dicke Rine hörte der Freundin Notruf nicht; sie hatte viel zu viel damit zu tun, träumerisch dem auch überzulege geliebten Abonis nachzusehen. Es war mächtig kalt und das Rosinehnen hatte das Gesicht, als sei es verurteilt, hier am Ende des Eises angurrieren und nicht mehr zurückkommen.
Niemand war mehr in der Nähe, wie auf einen Schlag war der ganze Schwarm verschwunden. War dieser Sturz vom Himmel zur Hölle möglich? Hier, wo sie eben in allen Bannern gemel, selige Minuten genossen, sollte sie hier anfrischen müssen?
Spielen Sie weiter mit der Ländes, angenehmer Freund?“
„Ach, sie begann flaxer und flaxer zu gehen — hatte er nit Ende nicht überkam mit ihr gepieft? —“
„Rine!“ rief sie noch einmal verzweiflungsvoll. Keine Rine wort. Aber gang in ihrer Nähe lauchte etwas; sie schaute sich um rot vor Jörn. Was? Da war der Abonis wieder, der dochhafte der Iose Oberleget, der Frick!
„Du Strot, du hochhafte, was hauchte zu lauche? Jochte sie nit „Da geh ber und seif mer.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Baden-Badener Amtsvorstand hat gleich nach dem von der Vorgang des Streiks bekannt war, mit der Streikleitung verhandelt und auf das Verbot der Stilllegung des Gaswerks hingewiesen. Der Einfluß der Polizei konnte nur im Einvernehmen mit der Gemeindeverwaltung vor sich gehen und die Stadtrat war zuerst der Meinung, in gutlichem Wege durchzukommen. Ich muß betonen, daß das Verbot keine Pflicht und Zwangsbefehl ist. Es ist nicht der Fall, daß wir unser Einverständnis mit dem Generalstreik gaben. Wir wurden auch gar nicht gefragt. Die Verhandlungen zeigen das Gegenteil eines Einverständnisses. Nun zu den neuesten Behauptungen des Hrn. Hof, der meine feinerseitigen Ausführungen in Rheinischen über das Verhältnis von Sozialdemokratie und Bürgerkammern falsch interpretierte. Das Rundschreiben vom

Kommunistenaufstand
 vom März 1920 zeigt deren illegalen und gefährlichen Charakter. In einem Flugblatt heißt es, alle Waffen müssen ausgepielt werden, um den bedrängten Brüdern in Mitteldeutschland zu helfen (Hört, hört!). Im Mannheimer Flugblatt heißt es: Wollt ihr weiter taatenlos bleiben? Entwaffnet die Bourgeoisie, bewaffnet Euch! (Hört, hört!). Ist das alles noch harmlos? (Hört, hört!). Das ist die kommunistische Arbeiterpartei. Die kommunistische Partei zerfällt in viele Teile. Sie alle sind jedoch feindlich. Ich verzeihe nicht auf der kommunistischen Partei. Das Material gegen die Kommunisten kann nicht ungenutzt werden. Die Kommunisten wollten zusammenhängende Arbeiterfront und Polizei, um die Arbeiterfront ihre ihre Zwecke zu zeigen und heute haben sie nicht mehr den Mut zu ihrer Sache zu stehen. Ich will nicht auf die schwere Erschütterung der Stützpunkt der Arbeiterbewegung eingehen, die durch die kommunistischen Aktionen herbeigeführt wurde. Heute handelt es sich nicht um die Arbeiterfront für die Kommunisten und die Staatsarbeiter. Die Gewerkschaften dürfen jedoch nicht politisch orientiert sein; denn dies bedeutet ihre Verschlagung. Wenn für den Eisenbahnerstreik von den Kommunisten Ersatzaktionen verlangt wurden, so war dies ebenfalls nur eine Verschlagung der Arbeiterfront. Wir stehen auf dem Standpunkt der Demokratie und des Mehrheitsprinzips und wenden uns gegen jede Verschlagung des Staates, sei es von links oder von rechts.

Hr. Horter (Soz.): Anlässlich des Falles

Wasserwerk in Baden-Baden

und gegen die Gewerkschaften ungeschickliche Vorwürfe gemacht worden. Die Tat Wasserwerks war eine sehr rohe, wobei Wasserwerk nach dem Schlag mit dem Eisen zu Wasser sagte: Du Lump rufft noch um Hilfe; Du bist erledigt! Dann ging Wasserwerk in eine Wirtschaft und rekonstruierte noch mit seiner Tat. Es ist im Wasserwerk seit Jahrzehnten durch Gewerkschaften üblich, daß die Organisationsleiter bei Differenzen auf die Waage stellen gehen und dort verhandeln. Da die Gewerkschaften meist nicht ortsansässig sind, ist ein anderer Verhandlungsplatz als die Waage nicht möglich. Ein häufiges Nachschreiben der Gewerkschaftsführer ist im Wasserwerk notwendig. Die örtlichen Organisationsleiter haben das Recht auf die Arbeitstätte zu gehen und dort zu verhandeln, wie aus dem Tarifverträgen hervorgeht. Dieses Gewerkschaftsrecht ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Demgemäß handelte auch der Gewerkschaftsvertreter Buse. Es muß auch gesagt werden, daß Buse erst seit zwei Jahren in Baden-Baden war, daß er jedoch bereits früher wegen Wasserbeschaffung und Wasserbeschaffung mit Wasserwerk verhandelt mußte. Von einer Verschlagung Wasserwerks durch Buse kann keine Rede sein. Die Verschlagung wurde durch Buse nicht gemacht und nicht gemacht. Es seien darin harte Ausdrücke und die Arbeiterschaft wurde beschimpft. Hierin zeigte sich ein Geist, der nicht zu haben ist bei den Unternehmern in Baden-Baden. Anlässlich der Verhandlung wird dann das Verhalten der Baden-Badener Arbeiterschaft besprochen. Die Tarifverhandlungen in Baden-Baden zeigen, wie das dortige Unternehmertum beschaffen ist. Dadurch kam die Arbeiterschaft in Erregung. Als dann die Tat Wasserwerks kam, der eine ähnliche vorausging, reichte sofort spontan der Generalstreik ein. Er ist nicht angeordnet worden, sondern entstand unwillkürlich aus den Massen. Das Recht hierzu kann ihnen nicht bestritten werden. Wird in Baden-Baden weiter mit harten Worten operiert, so wird bald wieder etwas Ähnliches kommen. Die Baden-Badener Unternehmern sollten sich deshalb mit den Arbeitern verständigen, dann werden Generalstreiks hinfällig.

Hr. Biegelmaier-Cheerich (Ztr.) erklärt, daß die christliche Arbeiterschaft in Baden-Baden nicht streikte. Herr H. Horter kann deshalb nicht im Namen aller Arbeiter sprechen. Wir können es ab, eine Volkswirtschaft zu haben, wie es der Generalstreik darstellt. Die Erregung in Baden-Baden ist allgemein, sowohl unter Arbeitern wie unter Bürgern und hängt mit dem dortigen Luxus zusammen.

Hr. Hof (Komm.) verurteilt sich, daß die Hrn. Weber und Biegelmaier zwar die Tat Wasserwerks beurteilen, sonst jedoch wenig Worte zur Tat fanden und im übrigen gegen die Arbeiter losgingen. Das Gehörte müßten wir hören, wenn die Gewerkschaftsführer einen Unternehmern niederschlagen hätte. Dann hätte man sich nicht mit einem platonischen Bedauern begnügt. Auch christliche Arbeiter haben beim Baden-Badener Generalstreik mitgemacht, wie zu ihrer Ehre gesagt werden muß.

Hr. Stod (Soz.) erklärt, daß der Vorgang Buse das letzte Stück einer Reihe von Verschlagungen war, die dort der Arbeiterschaft zugefügt wurden. Ich erinnere an das Gaswerkstreik, die Zentralverwaltung der Angestellten hat in Baden-Baden harte Verschlagungen bei den Unternehmern, seine Gedanken durch die Erregung der Arbeiter. Man muß eben auf die Pflicht der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen. Die Volkswirtschaft können auch den Führer es gibt Dinge, wo die Massen unbeeinflusst von Baden-Badener inaktiv handeln. Gerade deshalb sollten die Baden-Badener Unternehmern beschleunigt handeln. Die christlichen Arbeiter in Baden-Baden führen ihrer Organisation den die Regierung sollte die Fabrikinspektion veranlassen, die Betriebe gründlich zu kontrollieren und den Gewerkschaftsvertretern die Möglichkeit geben, sich die Betriebe anzusehen.

Hr. Dr. Schöfer (Zentr.) meint, wenn Abg. Hof eine weitere Philippika loslassen wird, wird er ebenfalls nur zweiter zur Verschlagung werden. Ich freue mich, daß Kollege Horter den Willen zeigt, dagegen habe er seine Drohung mit einem zweiten Generalstreik unterlassen sollen. Auch wenn Arbeiter die christliche Gewerkschaft verlassen, so müssen wir auf dem Boden des Rechts stehen. Die Baden-Badener Tat wird von uns als eine Verschlagung des christlichen Eittengesetzes beurteilt. Wir verhalten uns jedoch auf die Justiz.

Hr. Weber (Ztr.) erklärt, nicht gewußt zu haben, daß nach der Niederschlagung von Buse Wasserwerk noch rohe Ausdrücke ausgesprochen. In der Versammlung sind diese Ausdrücke nicht mit Verfall aufgenommen worden.

Hr. Horter (Soz.) erklärt, daß ihm von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wurde, daß die Bürgerversammlung Verfall forderte, als die rohen Ausdrücke Wasserwerks mitgeteilt wurden.

Hr. Dr. Schöfer erklärt im Anschluß an Aussagen des Hrn. Hof, daß die Bestimmungen gegen den Betriebsbesuch von Jugend erzwungen einzuschärfen. In der Gemeindepolizei liegt

ohnehin vieles im argen; wir sind bestrebt, für bessere Ausbildung der Polizeibeamten zu sorgen.

Die Besprechung der Interpellation über den Generalstreik in Baden-Baden wird geschlossen.

Fortschreibung der Spezialberatung des Ministeriums des Innern

Hr. Weber (Ztr. Sp.) macht Einwendungen gegen die Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung, die Mandatsniederlegung verlangt, wenn ein Gewählter aus seiner Wählergruppe ausscheidet. — **Hr. Strobel (Soz.)** ist anderer Auffassung als der Vorredner, indem es von einem Gewählten unmoralisch sei, ein von seiner früheren Partei erhaltenes Mandat in einer neuen Partei weiterzuführen. Jede Schwächung hierin wäre zu beklagen. — **Hr. Dr. Schöfer (Zentr.)** hält den Weg des Abg. Weber für sehr gefährlich, da damit bedeutenden Eventualitäten Tür und Tor geöffnet sind. — **Hr. Dr. Ullrich (Dem.)** schließt sich dem Abg. Strobel und Schöfer an. — **Hr. Weber (Ztr. Sp.)** ist anderer Auffassung als der Vorredner und hält einen Parteiwahl in einer raschlebigen Zeit in Einklang mit allem politischem Geistes. — **Hr. Maier-Heidelberg (Soz.)** betont, daß es immer wieder einzelne Leute gibt, die ein Mandat erlösen und hiergegen muß Vorbehalte getroffen werden. Ich weiß solche Fälle aus der Gemeindepolitik und auch im badischen Landtag, nach solche Fälle. Ich erinnere an die Landtagswahlen 1918, wobei das Zentrum mit nationalliberalen Kandidaten alle Erfahrungen machte. — **Hr. Dr. Schöfer (Ztr.)** erklärt, daß das Zentrum sei bei dem Abg. Maier-Heidelberg erwähnten Bemerkungen keine Besprechungen abnahm. Ebenso wie der Heidelberger und Gerdauer Fall steht der Fall Wittum auf einem anderen Gebiet.

Hr. Ullrich (Zentr.) äußert sich zum Feuerlöschwesen. — **Hr. Weber (Ztr. Sp.)** äußert sich zur Gebäudeversicherung. — **Hr. Dr. Schöfer (Ztr.)** erklärt, daß die Neubildung der Gewerkschaften der Gebäudeversicherungsinstitut hin. Eine Verschlagung des Reiches gegenüber den durch Dppau getroffenen Gebäude ist nicht vorhanden.

Nächste Sitzung: Dienstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Ministerium des Innern.

Soziale Rundschau

Ausdehnung der Angestelltenversicherung bis 100 000 M.
 Der Zentralverband der Angestellten hat an den Reichsarbeitsrat eine Eingabe gerichtet, die Höchstgrenze in der Angestelltenversicherung auf 100 000 M. zu erhöhen. In der Reichstagskommission ist natürlich noch unbestimmt, inwieweit sich dies aber, daß die jetzige Höchstgrenze von 30 000 M. erhöht werden wird. Von Versicherungspflichtigen wird nachgeschätzt, wie den wird. Von Versicherungspflichtigen wird nachgeschätzt, wie den wird. Von Versicherungspflichtigen wird nachgeschätzt, wie den wird.

Der Reichstag geht nunmehr daran, die umfangreichen Steuererörterungen zum Abschluß zu bringen. In diesem Zweck sollen die Sitzungen in dieser Woche täglich 1 bis 2 Stunden länger dauern. In der Einzelberatung der 14 Steuervorlagen wurde zunächst das Vermögenssteuergesetz behandelt. Es soll erst am 1. Januar 1923 in Kraft treten. Die Vermögenssteuer für die ersten 250 000 M. soll 1 v. L. betragen, sie steigt dann bis auf 10 v. L. an, außerdem werden für die Dauer von 15 Jahren Zuschläge zur Vermögenssteuer erhoben, die für die ersten 250 000 M. 100 Proz. ausmachen und sich auf 200 Proz. erhöhen. Das sind die Sätze für die natürlichen Personen. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuer jährlich 1/2 v. L.

Besprechung der Steuervorlagen im Reichstag

Berlin, 20. März. Der Reichstag geht nunmehr daran, die umfangreichen Steuererörterungen zum Abschluß zu bringen. In diesem Zweck sollen die Sitzungen in dieser Woche täglich 1 bis 2 Stunden länger dauern. In der Einzelberatung der 14 Steuervorlagen wurde zunächst das Vermögenssteuergesetz behandelt. Es soll erst am 1. Januar 1923 in Kraft treten. Die Vermögenssteuer für die ersten 250 000 M. soll 1 v. L. betragen, sie steigt dann bis auf 10 v. L. an, außerdem werden für die Dauer von 15 Jahren Zuschläge zur Vermögenssteuer erhoben, die für die ersten 250 000 M. 100 Proz. ausmachen und sich auf 200 Proz. erhöhen. Das sind die Sätze für die natürlichen Personen. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuer jährlich 1/2 v. L.

In der Aussprache hielt nur Dr. Helfferich (D.N.) eine längere Rede. Die Regierungsparteien verzichteten darauf, in diese Aussprache einzugreifen. Darauf wurde der grundlegende erste Paragraph des Gesetzes angenommen und mit ihm bestimmt, daß die neuen Bestimmungen am 1. Januar 1923 in Kraft treten. Bei dem zweiten Paragraphen der die Steuerpflicht festsetzt, entpand sich eine Erörterung. Die weiteren Paragraphen wurden rascher erledigt. Ein Antrag, auf besondere Begünstigungen für die Auslandsdeutschen fand keine Mehrheit, dagegen wurden auf Antrag der Sozialdemokraten besondere Rücksichten auf Kunstwerte genommen, die von noch lebenden oder in den letzten 15 Jahren gestorbenen Künstlern herrühren.

Sitzungsbericht

Berlin, 20. März. Präsident Ebbe eröffnete die Sitzung um 2.35 Uhr und macht Mitteilung von dem Beschlusse des Ältesten-Ausschusses, wonach die Sitzungen in dieser Woche täglich 1—2 Stunden länger dauern sollen als gewöhnlich, damit die Arbeiten gefördert werden.

Zweite Lesung der Steuervorlagen

In der Einzelberatung der Steuervorlagen steht an erster Stelle das Vermögenssteuergesetz. Nach § 1 wird vom 1. Januar 1923 ab eine jährliche Vermögenssteuer erhoben. Für die Dauer von 15 Jahren erhöht sich die Vermögenssteuer um gewisse Zuschläge. Der Zuschlag beträgt jährlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 M. des steuerpflichtigen Vermögens 100 Prozent der Vermögenssteuer, für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 M. 150 Proz. und für die weiteren Beträge 200 Proz. der Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer beträgt jährlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 M. des steuerpflichtigen Vermögens 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 M. nacheinander 1/2 v. L., 2 v. L., für die nächste Million 4 v. L., für die nächsten 9 Millionen 5 v. L., für die nächsten 3 Millionen 6 v. L., für die nächsten 3 Millionen 7 v. L., für die

nächsten 5 Millionen 8 v. L., für die nächsten 7 Millionen 9 v. L., für die weiteren Beträge 10 v. L. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuer jährlich 1/2 v. L. des steuerpflichtigen Vermögens.

Hr. Dr. Helfferich (D.N.) bezeichnet die Vermögenssteuer als das Kernstück der ganzen Besitzbesteuerung. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, als ob seine Fraktion nur negativ gewirkt habe. Das gilt auch für den Kampf um die Erfassung der Sachverhalte. Die deutschnationalen waren bereit, mitzuarbeiten, die anderen deutschnationalen Parteien haben sich aber schließlich der Sozialdemokratie gefügt (Widerpruch). Dr. Becker begründet die Zwangsanleihe damit, daß der innere Etat in Ordnung gebracht werden müsse. Die äußerliche Belastung ist bereits erreicht. Es handelt sich gar nicht einmal um das, was wir früher unter „innerer Etat“ verstanden haben. Es gehören dazu die Zahlungen an die deutschen Reparationslieferanten und für die ausländischen Kommissionen. Ich werde diese Dinge am Mittwoch im auswärtigen Ausschuss besprechen. Ich erhebe Protest gegen die ganze Art und Weise, wie die Industrie und ihre Arbeiter durch die Sachleistungen belastet werden. Wir haben gegen das Wiesbadener Abkommen vor Monaten eine Interpellation eingebracht, die bis heute noch nicht beantwortet ist. (Hört, hört!) Wir haben auch gegen das Vermögensabkommen protestiert. Die Deutsche Volkspartei will die Zwangsanleihe nur als eine einmalige Maßnahme. Was soll aber im nächsten Jahre werden, wenn wir wieder Reparationen zu leisten haben? Wir unterstützen mit dieser Zwangsanleihe, ob Sie wollen oder nicht, die verhängnisvolle Erfüllungspolitik der Regierung. Die anderen Kompromißparteien haben ja auch die Zwangsanleihe mit außerpolitischen Rücksichten begründet. Wir sind auch zu einer Verständigung bereit. Aber (zur Deutschen Volkspartei), wenn Sie glauben, es gehe nicht ohne die Sozialdemokraten, das ist die einzige große Meinungsverschiedenheit, die uns trennt. (Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen. Der Abg. Bernstein hat erklärt, wir zahlten noch nicht so hohe Beiträge wie das Ausland. Das ist ein Musterbeispiel der Opposition, wie sie nicht sein soll. Herr Herold beschwerte sich über die Schärfe unserer Opposition. Es ist den Herren von der heutigen Regierung nicht zum Bewußtsein gekommen, wie sie früher Opposition getrieben haben. Gern, wir machen der gegenwärtigen Regierung eine bewußte Opposition auf verfassungsmäßigem Wege, um die Regierungsmacht zu erringen. Solange die Reichsregierung dafür noch nicht reif ist, arbeiten wir daran, sie reif zu machen. Die Staatsmaschine stillzulegen haben wir keine Veranlassung. Inzwischen versuchen wir, unsern Einfluß zu positiver Mitarbeit auszuüben.

Der Redner rief Johann das Verhalten des Reichsanwalters anlässlich der Debatte über die Pariser Besprechungen, zu denen Deutschland nicht eingeladen war. Da hätte der Reichsanwalt auf die Beratung des deutschen Volkes öffentlich hinweisen müssen. Er habe sich aber kaum zehn Minuten in Ruhe aufgehalten. **Hr. Selbmann (U.S.P.)** hält einen Steuerab der Vermögenssteuer nicht beträchtlich gegenüber den der Arbeiterschaft auferlegten Steuern und fordert die Wiederherstellung der Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Form.

Hr. Hülsen (Komm.) verlangt die restlose Erfassung der Sachwerte. Er beantragt, das Inkrafttreten des Gesetzes auf 1. April 1922 festzusetzen und die Dauer auf 15 bis 30 Jahre zu erhöhen.

Hr. Rahmann (Soz.) weist darauf hin, daß seine Partei die Forderung auf Verbilligung des Reichs an den Sachwerten beim Steuerkompromiß nicht aufgegeben habe. Das Gesetz stelle dem Reich eine dauernde Einnahmehülfe zur Verfügung. Für uns wäre es sehr beunruhigend, in die Opposition zu gehen und die Regierung einem lägerlichen Bloß zu überlassen. Wir würden dabei groß und hart werden. (Ja, ja, rechts.) Die Steuern sind schwer, aber nicht unerträglich.

Darauf wird § 1 unverändert angenommen. Das Gesetz tritt also am 1. Januar 1923 in Kraft. § 2 setzt fest, wer der Steuerpflicht unterliegt.

Hr. Dr. Helfferich (D.N.) beantragt, das ausländische Grund- und Betriebsvermögen Deutscher steuerfrei zu lassen.

Reichsfinanzminister Dr. Semmes bittet, den Antrag abzulehnen. Die Kritik Dr. Helfferichs an dem Verhalten des Reichsanwalters gehe über Maß und Ziel hinaus. Der Erleichterung der Auswärtigen des Reichs gelte auch das bisherige Vermögen des Reichsanwalters. Die Verlierer ausländischer Grund- und Betriebsvermögen würden zur Vermögenssteuer herangezogen werden müssen. Dadurch werde der Anreiz wegfallen, in Zukunft Kapital im Ausland anzulegen. Durch § 7 werde die Doppelbesteuerung vermieden.

Hr. Dr. Becker (D.Vp.) bittet um Annahme des Antrages. Das Versprechen der Regierung genügt nicht.

Hr. Dr. Fischer (Dem.) trat dafür ein, daß das Haus an der Regierungsvorlage festhalte.

Hr. Herr (U.S.P.) sieht trotz des Kompromisses in der Verhandlung der Vorlage eine Milderung des Gesetzes für den Volk.

Der Antrag wird gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Die §§ 2 bis 4 bleiben unverändert. Bei § 6, der die Befreiung von der Vermögenssteuer festsetzt, beantragt **Hr. Bernstein (Soz.)**, die Sparkassen allgemein von der Vermögenssteuer zu befreien.

Hr. Dr. Herr (U.S.P.) verlangt die Verzögerung künstlicher Verzögerungen zu vermeiden.

Staatssekretär Hoff bittet, den Antrag Bernstein abzulehnen.

Hr. Hülsen (Komm.) ist für Streichung der Steuerfreiheit der Kirchen und religiösen Gemeinschaften.

Hr. Becker-Deffen (D.Vp.) tritt für die Steuerpflicht aller Sparkassen ein, die sich zu bankähnlichen Instituten ausgewachsen haben.

Die Abänderungsanträge werden abgelehnt. § 6 wird angenommen.

Hr. Daub (D.Vp.) beantragt einen neuen § 5a zugunsten der Auslandsdeutschen, denen es ein unerträgliches Gedank sei, daß ihre Steuern zur Bezahlung unserer Verpflichtungen an die Feinde dienen sollen und denen die Rückkehr in die Heimat nicht verweigert werden dürfe.

Staatssekretär Hoff sieht in diesem vorliegenden Antrag keine befriedigende Lösung.

Hr. Selbmann (U.S.P.) lehnt eine Annahme zugunsten der Auslandsdeutschen ab.

Hr. Dr. Helfferich (D.N.) hat Bedenken gegen den Antrag Daub.

Der Antrag wird schließlich abgelehnt.

Zu § 10 wird ein Antrag Bernstein (Soz.) angenommen, wonach vom steuerbaren Vermögen Kunstgegenstände befreit werden sollen, die von lebenden oder seit 15 Jahren verstorbenen Künstlern geschaffen worden sind.

Bei dem die Abzüge behandelnden § 12 wird ein Antrag Dr. Fischer-Köhl (Dem.) angenommen, wonach als Schulden auch gelten sollen, die Vermögenszuwachssteuer sowie die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, soweit sie an dem Entstehungstag fällig oder noch geschuldet waren.

Um 6 Uhr wird ein kommunistischer Verfassungsantrag abgelehnt.

Hr. Hülsen (Komm.) ruft: Wenn Ihr Spaß haben wollt, wir machen mit (Heiterkeit).

Bei § 16, der die Wertermittlung normiert, entspann sich eine einmündige Aussprache über die Zweckmäßigkeit des Vermitt-

teilung des allgemeinen Wertes oder des Ertragswertes. Die Steuerentlastung steht dem allgemeinen Wert vor. Der Ausschuss verlangt die Zugrundelegung des Ertragswertes mit der Maßgabe, daß bei Ermittlung des nachhaltigen Ertrags, insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Während die Sozialdemokraten und die Unabhängigen Wiederherstellung der Regierungsvorlage verlangen, fordert ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der von den Deutschnationalen unterstützt wird, daß der Ertragswert nicht nur nach den letzten Jahren bemessen werden soll. Die Deutschnationalen verlangen überdies, daß das Inventar eines Nachkaufers nach demselben Grundbuch, wie das übrige Grundbuch zu bemessen ist.

Die Abg. Drey (D.P.) und Schiele (D.N.) begründen die Anträge ihrer Fraktionen. Abg. Bohlmann (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion zwar grundsätzlich für den Gemeinwert eintritt, daß sie aber bei den Ausnahmefällen beharren müsse. Abg. Gerold (N.P.) unterstützt das Verlangen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, daß der Ertragswert nicht nur der letzten drei Jahre zugrunde gelegt werden soll. Ein Regierungsvertreter bekämpft den Antrag, das Sachinventar ebenso zu behandeln, wie das Grundbuch. Es handele sich hier um die Besteuerung zweier verschiedener Personen. Abg. Simon-Schwaben (Soz.), Henke (U.S.P.) und Höllein (Komm.) beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die Bemessung der Steuer nach dem gemeinen Wert. Die Abstimmung wurde auf Dienstag verschoben. Das Haus verlagert sich auf Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Verlängerung der Demobilisationsverordnungen, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Badische Politik

Unersene Kritik

In badischen rechtsstehenden Zeitungen werden an die Mitteilung, daß der Arbeitersekretär Gen. Dietrich aus Pforzheim zum Regierungsrat im Arbeitsministerium ernannt worden soll, kritische Glossen angehängt. Nun haben sich aber Landtag und Regierung seinerzeit damit einverstanden erklärt, daß aus den Reihen der Gewerkschaften geeignete Personen in solche Ämter genommen werden können. Daß dafür tüchtige Leute ausfindig gemacht werden, ist selbstverständlich. Die Arbeiter bringen Interessen auch für Sozialversicherung, sie haben ein großes Interesse an der Regelung der Gewerkschaften für die sonstigen sozialpolitischen Maßnahmen. Die Arbeiter müssen deshalb verlangen, daß auch an einflussreichen Stellen Arbeitervertreter sitzen. Deswegen, weil zwei Arbeitervertreter in Regierungsräten sitzen, kann wirklich nicht von Parteiwirksamkeit gesprochen werden. Die beiden Stellen waren bis jetzt von dem früheren Arbeitersekretär Prull aus Karlsruhe und dem christlichen Sekretär Eichenlaub besetzt. Prull ist am 1. März aus dem Staatsdienst ausgetreten, um im Genossenschaftswesen tätig zu werden. An seine Stelle wird der als einer der beständigsten Arbeitersekretäre bekannte Genosse Dietrich treten.

Eines mögen sich die Herren von Rechts aber noch gesagt sein lassen: ein Arbeitersekretär hat sicher in jahrelangem Selbststudium und durch die Erfahrung für derartige Posten ebenso viel Befähigung, wie ehemalige Offiziere für die Ämter, die sie jetzt bekleiden.

Dem Landtag ging ein Gesuch um Errichtung weiterer etatmäßiger Gewerkschaften in Durlach zu. Weitere Petitionen verlangen Staatszuschüsse für die Stadttheater in Freiburg und Konstanz. Ein Gesuch des Mannheimer Literaturvereins wünscht Rückgabe der Kunstgegenstände des Schlosses und der Michaelskapelle. Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege petitioniert betr. Jugendpflege. Ein Gesuch des Gemeinrats Graßen betrifft Waldstreumung. Verschiedene Petitionen beziehen sich auf die Besoldungsordnung. Vom Amtsgericht 2 in Säckingen liegt ein Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Albrecht gemäß den Bestimmungen des § 389 S.P.O. in Sachen Weiß-Heider vor.

Kleine badische Chronik

- Mannheim, 20. März.** Beim Reinigen des Küchenfensters stürzte die Witwe Himmelman insofern eines Schwindels anfalls vom 3. Stockwerk in den Hof und erlitt einen Schädelbruch der den Tod der Verunglückten herbeiführte.
- Freiburg, 15. März.** Ein toter Purfche. Uebel benommen hat sich in der Nacht vom 14. ds. Mts. gegen 1 Uhr ein in der Benzingerstraße wohnender 21 Jahre alter Metzger. Bei der Witzschaft zum Funken im Stühlinger hielt er mit 3 Kumpanen ein fahrendes Personenauto an, sprang auf das Zeitbreit und bedrohte die Insassen, jedoch der Wagenführer gezwungen war, den Rückweg einzuschlagen. Hierbei war er so laut, daß die Bewohner der umliegenden Häuser in ihrer Nachtruhe erheblich gestört wurden. Gegen den einen der beiden einschreitenden Polizeibeamten wurde der Madaubrunder tätlich, warf den Beamten zu Boden und verließ ihn vermutlich mittels Schlagrings oder Schiffsfels im Gesicht und an der Nase ganz erheblich. Der anfänglich entkommene Liebhaber wurde, wobei er wieder zu einem Fenster des zweiten Stocks nach hinten hinaus sprang, ohne sich dabei irgendwie zu verletzen. Nur unter äußerster Anstrengung gelang es mehreren Beamten, den wieder Gezwungenen in das Amtsgerichts eingalfern. Infolge wegen überhöhter Heberfalls, Rädigung und Widerstands ist an die Staatsanwaltschaft erstattet.
- Schwannau b. Bonndorf, 20. März.** Durch Feuer ist das dem Schmiedemeister Joseph Stadler gehörende Anwesen völlig zerstört worden. Es konnte nahezu nichts gerettet werden.
- Weinheim, 20. März.** Die vierjährige Kriegswitwe Hedmann erlitt beim Wäschebügeln einen Krampfanfall und ist dabei der Waschherd um; die Kleider der Frau gerieten in Brand und als Nachbarn herbeieilten, fanden sie die Verunglückte fast ganz verlohrt vor.
- Die Rheinschiffahrt.** Der günstige Wasserstand des Rheins gestattet jetzt volle Ladefähigkeit der Rähne sowie volle Ausnutzung der Wasserfrachten, zumal auch genügend Leerraum vorhanden. Die Frachten für Schwergüter von den Rheinhafen nach Mannheim stellen sich auf etwa 27 bis 28 pro Tonne. Für Rohmiete werden 1,20 bis 1,25 pro Tonne und Tag gefordert. Der Schlepplohn nach Mannheim wird mit durchschnittlich 40 pro Tonne berechnet.

Der abgefaßte Strubstransport
Zu der entsetzlichen Strubstrahlung, über die wir schon berichteten, wird nach mitgeteilt, daß in Karlsruhe am Freitagabend ein Eisenbahnwagen mit Häffern ankam, deren Inhalt als Del bezeichnet wurde. Die angelegte Delfendung wurde von drei Lastkraftwagen, die von Bühl, also aus der badischen Schwabensbergergegend, in Karlsruhe angekommen waren, abgeholt. Die Polizei erhielt Kenntnis von der „Delfendung“, die ihr etwas verdächtig vorkam, und sie gab die Weisung nach Raffatt, die drei Lastkraftwagen anzuhalten. Dies geschah auch und es stellte sich dann tatsächlich heraus, daß nicht Del, sondern Sirup in den Häffern war, und zwar enthielt jedes der 31 Häffer durchschnittlich ungefähr 200 Liter Sirup.

Aus der Provinz

Karlsruhe, 21. März

Geschichtskalender

21. März: 1783 *Der Schriftsteller Jean Paul (Nichter) in Wunsiedel. — 1871 Der erste Deutsche Reichstag in Berlin eröffnet. — 1890 Abgang Bismarcks.

Karlsruher Parteinaufrichten

Sozialdem. Bürgervereinsfraktion. Morgen Mittwoch abend 6 Uhr findet im großen Kaisersaal Fraktionsbesprechung statt, wozu das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder erforderlich ist.

Bezirk Südbühl. Mittwoch, 22. März, abends 8 Uhr, findet im „Auerhahn“ Bezirksversammlung statt. Gen. Schütz wird einen Vortrag über „Das Obkircher Parteiprogramm“ halten. Es ergeht an alle Parteigenossen und Genossinnen der Ruf, in der Versammlung zu erscheinen.

Eine Gedenkfeier für Oberpfälzer

Am gestrigen Tage (20. März) war seit der denkwürdigen Volksaufstimmung in Oberpfälzer ein Jahr verflossen. Die diesige Ortsgruppe des Verbandes heimattreuer Oberpfälzer wollte diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne auf den durch den Schandpruch von Genf zunichte gemachten deutschen Sieg hinzuweisen. Es hatten sich deshalb die Vereinsmitglieder am vergangenen Sonntag in ihrem Lokal „Reichens-Automat“ zu einer Gedenkfeier zusammengefunden, von der die Bevölkerung durch eine Entschuldigungs-Kennntnis erhält. Hauptsächlich hat diese Resolution nicht daselbstes Schicksal wie so viele ihrer Mitgeschwestern.

Der erste Vorsitzende, Herr Krauß, gab nochmals in kurzen Zügen das von allen Anwesenden selbst miterlebte Schicksal Oberpfälzers. Trotz aller Schläge der Polen und Injurien, mit dem famosen Geschäftsmann Korfanth an der Spitze, trotz der französischen Willkürherrschaft unter Brand und all den anderen ungezählten Leiden der deutschen Oberpfälzer an Leben und Gut, erlangen und mußten die deutschen Oberpfälzer den Sieg in der Abstimmung erringen. Leider münzte der Völkerverdeutschung Sieg in Polen um. Jetzt sind sie bereits daran, dies blühende deutsche Land durch Grenzspalte zu zerstören, um dadurch Polens Land hunger zu füllen. Dieser Tag ist dazu angesetzt, den Brüdern und Schwestern aufs neue Treue zu geloben; sie in ihrem Kampf zu unterstützen ist Pflicht jedes Deutschen.

Folgende Entschuldigungs-Kennntnis: „Morgen fährt sich zum erstenmal der Tag der Volksaufstimmung, der vor aller Welt offenbart, daß Oberpfälzer von einer deutschen Mehrheit bewohnt ist. Der Spruch von Genf als der unheilvolle Abschluß des Kampfes um Oberpfälzer hat wider alles Recht deutsches Land auseinandergerissen und überaus wertvolles Gebiet des deutschen Reichs losgerissen und so durch die Fortdauer geistige und geistliche Bande zum größten Unglück der oberpfälzerischen Bevölkerung zerrißen. Wir heimattreuen Oberpfälzer im Reich stehen in der Liebe zu unserer Heimat fest zusammen und rufen unseren Brüdern und Schwestern in Polnisch-Oberpfälzer zu: „Palast aus, bis die Stunde der Gerechtigkeit und des Rechts eingetreten ist!“ Einige Stunden blieben die Landleute noch gemächlich beisammen bei musikalischen Vorträgen und Regitationen. Schluß.

Der Lebensweg eines Wohnungsforschenden. In unserer Samstag-Kummer geben wir einer Einfindung unter vorliegender Spitzmarke Raum, weil der Einfindung beteuert, daß das von ihm Angeführte in jeder Hinsicht stimmt. Ein Paragraf 101 des bürgerlichen Gesetzbuchs lautet: „Jeder, der sich als nun nachgehende Darstellung, die den Fall in einem anderen Licht erscheinen läßt, der Parteigenosse schreibt.“

„Anker der Spitzmarke.“ Der Lebensweg eines Wohnungsforschenden“ greift ein Herr F. (Fuhr) in der Samstagnummer des „Volksfreund“ das Wohnungswesen an, als ob bei der Behandlung des Falles Fuhr irgend etwas nicht in Ordnung wäre. Es erscheint deshalb notwendig, den Fall Fuhr hier in aller Öffentlichkeit aufzuklären. Zunächst steht fest, daß kein Wohnungsforschender ohne Genehmigung des Wohnungsamts eine Wohnung beziehen darf. Dies hat aber Herr Fuhr getan und zwar bezog er mit 2 Erwachsenen und 1 Kind eine 4-Zimmerwohnung, die für eine andere Familie bestimmt war. Dadurch ging dem Wohnungsamts eine kostbare Wohnung verloren, während Herr Fuhr vorläufig noch gut untergebracht war. Die gegen ihn angehängte Zwangsstrafung war vom Amtsgericht genehmigt und mußte vom Bezirksamt durchgeföhrt werden, wenn nicht das Wohnungsamts gemaltig an Ansehen verlieren sollte. Herr Fuhr hat allerdings gute Leute an der Hand, die sich für ihn einsetzten, selbst der desunförmlichen Landtagsabgeordnete Dr. Mayer nahm sich seiner sehr warm an, jedoch die stadträtliche Wohnungskommission bestand einmütig auf der Zwangsstrafung. Diese ist nun gegült, weil Herr Fuhr diesmal nicht im Wege lag. Diese Zwangsstrafung kann das Wohnungsamts und die stadträtliche Kommission verantworten.

Frühlingseinkunft mit Schneeflocken. Kalendermäßig sollte am heutigen 21. März der Frühling seinen Einzug halten, aber die Natur trägt bekanntlich nichts nach den Kalendermadern. Anstatt daß herrlicher Frühlingssonnenchein den heutigen Tag begrüßen würde, wirbeln die Schneeflocken lustig umher, jedoch man meinen könnte, der Winter wolle einziehen. Also vom Frühling haben wir an seinem kalendermäßigen Anfangstage noch nichts gesehen, jedoch wir trösten uns mit dem Diktatorwort: „Und drüben der Winter noch so sehr, es muß doch Frühling werden!“

Schr. Badische Lichtspiele. Janner wissenschaftlicher und reichhaltiger gehalten die „Badischen Lichtspiele“ ihre Vorstellungen im Konzerthaus aus. Diesmal z. B. steht man zuerst die Tätigkeit deutscher Menschen an der Murmanküste im ferdinandischen Film „Am Nordpol ins nördliche Eismeer“. Der Friedensvertrag beschloß unter Marine diese Arbeit. Es war eine Überfahrt voll herrlicher See- und Landschaftsbilder mit faszinierenden Szenen aus dem Leben an Nord-Norwegens Nordküste starrende Eislandschaften, Gletscherfelder und riesige Wasserfälle entfalteten ihre majestätische Kraft. Auf die herrliche See fällt der seltsame Schein der Mitternachtssonne. Das typische Horn des Nordpols wird umschiffen, und endlich erreicht die Flottille die Murmanküste mit ihren Lappensiedlungen. Aus Sammerfest, die nördlichste Stadt der Erde, ist im Wilde festgehalten. Anfachuliche Bilder vergegenwärtigen die gefährliche Arbeit der Matrosen. Das zweite Bild führt uns im Gegenfatz zum ersten in die Wüste. „Die Romanen der Wüste“, ihr Leben und Treiben bei Tag und Nacht, in der Wüste, bei den Kamelen und Herden, bei den Karawanen, im Fell usw. lernen wir kennen. Weiterhin wird der äußerst lehrreiche Film „Der Flachs und

seine Veredelung“ verschiedenen Besuchern Anregung gegeben haben. Mit dem Singspiel „Städtische Abenteuer“ schließt die Vorstellung. — Jeder läßt der Besuch noch immer sehr vieles zu wünschen übrig. Etwas mehr Interesse könnte die Arbeiterschaft dieser Gesellschaft, der die Gewerkschaften angehören und die mit ihren Vorstellungen den Schund bekämpfen will, entgegen bringen.

H. Alfred Ernst und Heiteres heiterte sich das Sonntagkonzert in der Stadt. Festliche, dessen reichhaltigen Programms man das Heimort. Aber diese bringt, wird jedem etwas bringen vorantstellen konnte. Der weiteren Öffentlichkeit stellte sich zum erstenmal Herr Konzertführer Otto Ganser, ein Karlsruher Kind, mit einem weichen brisigen Bariton vor. Einfach und schlicht, ohne Effekthaserei, suchte der Sänger den Gehalt der Lieder auszuköpern, seine Aussprache ist gut und sein Tonanfang vornehm. Wir wünschen dem jungen Künstler, daß sich seine Stimmkräfte auch umfänglich weiterentwickeln, damit sie sich größeren Anprüden gewachsen zeigen. — Frau Melanie Ermath zeigte die Reife ihrer Vortragskunst in Gedichten von Goethe, Mörike u. a. und in heiteren bayerischen Dialektbüchungen. Fräulein Ruth Poritz erregte mit ihren netzlichen Liedern zur Laute. Wenn zu den ansehnlichen schönen Stimmkräften und der begabten Vortragsart sich hier und da noch etwas Temperament gesellen würde, könnte die Dame ihre Hörer noch mehr gefangen nehmen. Mehr die Tangfunkt von Liesel Müller. E. Uhr ist schon das öfter lobend berichtet; sie erntete wieder stürmischen Beifall. Die vorzüglichen Leistungen des Harmonie-Orchesters unter der bewährten Leitung des Herrn Rudolph umschließen das Ganze.

Verhaftet wurden: Ein Schlossermeister von hier wegen Fahrabstichs; die Ehefrau eines Formers aus Durlach und eine Fabrikarbeiterin aus Hagelsbach, welche einem Tagelöhner von hier in einer Wirtschaft der Oststadt den Betrag von 8000 A entwendeten; ein Metzger, der wegen Schleichhandels zur Erziehung einer dreimonatigen Gefängnisstrafe ausgeschrieben war; ein Bürgermeister, eine Privatierin und ein Elektrotechniker wegen unerlaubter Einreise; ein Metzger wegen unerlaubter Ausübung der Tierheilkunde.

Veranstaltungen

Religion und Moral. Morgen Mittwoch spricht im Friedrichshofaal Herr Universitätsprofessor Dr. J. M. Berwegen aus Bonn über das Thema: „Unsere Religion und Moral.“ Es muß als eine erfreuliche Erscheinung angesehen werden, daß die Wirksamkeit dieses Kulturphilosophen immer weitere Kreise erschließt; die nationale Sendung seiner kraftvollen Persönlichkeit, die herufen ist, in dieser Zeit des stillen Niedergangs die Rolle eines Richters zu spielen, ist aber noch viel zu wenig erkannt. Jedermann, der Verwehen einmal gehört hat, wird seinen feiner Vorträge versäumen.

Karlsruher Hausfrauenbund. Im „Schubringenshale“ Nitterstraße 7, wird am Mittwoch den 22. März, nachmittags 4 Uhr, Frau Emma Kromer aus Mannheim, Mitglied des Reichsbürokratischen, einen Vortrag über das „Häusliche Budget“ halten. Da Eltern vor der Zeit nicht und daher viele junge Mädchen aus der Schule entlassen werden und der Berufsstand stehen, wird es für deren Eltern und auch für die Hausfrauen, die schuldlosene junge Mädchen bei sich in die Lehre nehmen wollen, von großem Interesse sein, eine Aufklärung über das häusliche Behringwesen von einer ersten Sachverständigen zu bekommen. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sache wird ein recht reger Besuch dieses Vortrags erwartet.

Valuta-Bericht vom 20. März

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute 1,78 A. Auszahlung Holland notierte 112,86 A. per 100 A. Auszahlung Schweiz notierte 59,66 A. per 100 A. Auszahlung England notierte 1398 A. per 100 A. Auszahlung Frankreich notierte 67,55 A. per 100 A. Auszahlung Neuhport notierte 305 A. per 100 A. Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. März

Vorausichtige Witterung: Nach wolfig und sehr kühl, weitere Niederschläge, später Aufhellung und heftig Regenfröste.

Wasserstand des Rheins

Schutterstein 158, gef. 13 Ztm. Rehl 251, gef. 11 Ztm. Maxau 435, gef. 12 Ztm. Mannheim 310, gef. 2 Ztm.

Schriftleitung Georg Schödlin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Lieder und Lehte Nachrichten Hermann Schödlin, für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heiligkeit Hermann Winter, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Wirtschaftliche Tagesblätter für den Anteiligen Ustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wichtiges Vereinsanzeiger (Preis 2,50 die Zeile) (Werbungsaussagen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe, (Mitgliedschaft). Jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, Abungabend im Schrempfischen Bierkeller.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

- Geburten.** Wilhelm Meylof von hier, Ingenieur hier, mit Eleonore Burtan von München. Eberich Grunlich von Schweinberg, Hochbauingenieur hier, mit Frieda Schleiter von hier. Otto Wöhmer von hier, Anstaltverwalter in Emmendingen, mit Sophie Rose Witwe von Basel.
- Verheiraten.** Ruth Eva Maria, Vater Friedr. Ambros, Mutter Joh. Haff, Vater Ferd. Auerl, Hof-Geiger. Gertrud, Vater Josef Walter, Hausmeister. Wolfgang Josef, Vater Josef Lipp, Vater-Alfons. Hans Eberhard Paul, Vater Friedrich Krubinski, Buchhalter. Egon, Vater Friedr. Luchs, Buchhalter.
- Todesfälle.** Hans, alt 4 Jahre, Vater Frh. Schmidt, Vater Jessor. Franz, alt 15 Jahre, Vater Alois Gört, Landwirt. Juliana Rinner, alt 80 Jahre, Witwe von Karl Rinner, Schneidermeister.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Dienstag, 21. März 2 Uhr: Juliana Rinner, Schneidermeister. Witwe, Amalienstraße 15.

Damen-  Herren-

LODEN- UND WETTER-MÄNTEL

GUMMI-MÄNTEL

Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185

Preisliste über Sparausstattung gratis.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Arbeiter-Sport am Sonntag

Vorrunde um die Kreismeisterschaft

F.T. Pirmasens - F.T. Karlsruhe 0:5 (Halbzeit 0:3)

In der Vorrunde um die Kreismeisterschaft hatte F.T. Pirmasens den Meister im 6. Bezirk (Weißpfalz) F.T. Pirmasens zu Gast. Man war auf dieses Spiel gespannt, da über die Spielstärke der Gäste wenig bekannt war. Das Spiel setzte lebhaft ein und zeigte sich bald die Überlegenheit der Karlsruher Mannschaft, die durch gute Kombination und kluges Zuspielen in kurzem Abstand den Ball zweimal übertragend einlaufen konnte. Die Gäste spielten nun mit höchster Energie, zogen auch vor das Tor der Einheimischen, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Wegen ferner Karlsruhe vor Halbzeit noch ein Tor einzuzeichnen. Die Gäste spielten nun mit höchster Energie, zogen auch vor das Tor der Einheimischen, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Wegen ferner Karlsruhe vor Halbzeit noch ein Tor einzuzeichnen. Die Gäste spielten nun mit höchster Energie, zogen auch vor das Tor der Einheimischen, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Wegen ferner Karlsruhe vor Halbzeit noch ein Tor einzuzeichnen.

Freizeitspiele

Arbeiter-Sp. Club Eggenstein - Fr. T. Liebolsheim. Erste Mannschaft 7:1 (Halbzeit 7:0), 2. Mannschaft 6:0 für Eggenstein.

Freie Turnerschaft Dagsfeld - Freie Turnerschaft Blauweiser. 1. Mannschaft 5:2, 2. Mannschaft 3:0, 3. Mannschaft 5:2. Der einzige Punktverlust blieben die obigen Vereine dem Publikum ein interessantes Spiel. Dagsfeld spielte technisch besser. Blauweiser energiegeladener und effizienter.

Grünmettersbach I - Babenret Grödingen I 0:6 (0:3). Bei heftigem Regenschauer trafen sich obige Mannschaften auf dem Platz in Grünmettersbach. Bis Halbzeit führt Grödingen auf 6:0, während es Grünmettersbach nicht vergnügt war, das verlorene Tor erst am Ende des Spieles zu erzielen. Auch die 2. Mannschaft Grödingens konnte mit 1:3 Tore gewinnen.

Gruppe Pforzheim

F.C. Alemannia Pforzheim - F.C. Phönix Delsdorf. 1. Mannschaft 5:3 (3:1), 2. Mannschaft 3:1, 3. Mannschaft 3:2.

Freie Turner Pforzheim - Freie Turner Kleinheubach. 1. Mannschaft 4:0 (1:0), 2. Mannschaft 1:0 (0:0).

F. T. S. Badenberg 1. Mannschaft - Turnerverband Brühlgen 1. Mannschaft. 2:2.

F. T. S. Badenberg 1. Mannschaft - Turnerschaft Stein 1. Mannschaft. 2:3.

Jugendheime für Jugendvereine

Ein starkes Hindernis für einen größeren Erfolg der Jugendpflegevereine bildet der Mangel an geeigneten Räumen für die Zusammenkünfte der Jugend. Größtenteils sind die Vereine auf öffentlichen Gebäuden angewiesen, wo die Jugend in unangenehmer Weise vom Alkoholgenuss ferngehalten werden kann, was oft auf Kosten der Jugendvereine geschieht. Es ist deshalb Aufgabe und Pflicht der Kommune, geeignete Räume den Jugendvereinen zur Verfügung zu stellen, sei es in Schulen oder sonstigen Gebäuden. Bei gutem Willen wird es in den meisten Orten möglich sein, den Jugendvereinen ein oder mehrere Räume überlassen zu können. Erfahrungsgemäß haben schon mehrere Gemeindevorstände in dieser Beziehung den Jugendvereinen gegenüber Entgegenkommen gezeigt, bei diesen anderen Dingen jedoch ist noch nichts geschehen. Gute Ratschläge haben nach einer Mitteilung des Städteverbandes folgende Gemeinden geleistet: Konstanz, Laß, Offenburg, Pforzheim, Bruchsal.

Konstanz hat zum Beispiel dem Ortsverband katholischer Jugendvereine inmitten der Stadt einen großen Spielplatz neben einer großen Kegelbahn und einem kleinen Hauschen als Besessimmer und zur Abhaltung von Sitzungen überlassen. In Bruchsal benützt der katholische Jugendverein der Innenstadt einen Raum im Schlosshofgebäude; der Evang. Arbeiter-, Männer- und Jugendverein hat einen Raum in der alten Kaserne, Wilderichstraße 7; ebenso hat das Evang. Jugendheim einen Raum in einem der Bahnhofsgebäude. In Pforzheim und Freiburg werden jeweils Schulklassen gegen eine mäßige Miete, in Freiburg auch Turnhallen zu körperlichen Übungen unentgeltlich überlassen. In Heidelberg wird die Errichtung eines Jugendheimes seitens des Jugendamtes schon seit längerer Zeit betrieben. Zurzeit werden Verhandlungen zwecks Erwerbung einer Militärbaracke und des entsprechenden Platzes gepflogen, um das Jugendheim in der Baracke einzurichten, da andere Räume nicht zur Verfügung stehen. In Karlsruhe ist das ganze Gebäude der ehemaligen Panzerlafette zur Einrichtung eines Jugendheimes als Jugendheim (Vermögens- bzw. Schulungs- und Gesellenheim) in Aussicht genommen. Die Freimachung eines Raumes in dieser Kaserne als Versammlungsraum für Jugendliche soll sich daher nicht ermöglichen lassen, doch wird die Stadtverwaltung den Anträgen von Jugendorganisationen auf Zuerkennung der Baracke anderer städtischer Räume, soweit anständig, entgegenstehen. Dem Verein Arbeiterjugend wird z. B. ein fester Schulkraum zur Abhaltung seiner Versammlungen zweimal wöchentlich überlassen. Demnach wird auch ein geeigneter Saal im städtischen Luisenhaus für bezahlte Zwecke zur Verfügung gestellt werden können. Baden-Baden hat gleichfalls in allen Fällen, in denen um Räumlichkeiten für Vereinigungen Jugendlicher gebeten wurde, geholfen, zuletzt auch eine Jugendherberge überlassen.

Bezirkstag der Arbeiter-Radfahrer

Am Sonntag, den 12. März, hielt der 3. Bezirk Gau 22 des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Sollbrunn“ in der Halle in Wolfartsweier seinen ordentlichen Bezirkstag ab, der von 20 Vereinen mit 51 Delegierten und 5 Vertretern des Bezirks besucht war. Außerdem waren anwesend der Gauvertreter Gen. Kipp-Rannheim, sowie Sportgenosse Eisele als Vertreter der Bezirkskommission für Sport- und Körperpflege. Bezirksleiter Hemminger eröffnete die Tagung und begrüßte die zahlreich erschienenen Delegierten und Vertreter. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Genosse Hemminger der roten und brutalen Tat eines Unternehmers an unserem Genossen Bueff in Baden-Baden. Zur Sympathie für den frant liegenden Genossen erhoben sich die Versammelten von den Sigen.

Hierauf gibt der Bezirksleiter einen ausführlichen Bericht über das vergangene Jahr, der erkennen ließ, daß es arbeitsreich, aber auch von Erfolg gekrönt war. Der Bezirk zählt jetzt 29 Vereine mit über 1000 Mitgliedern. Auch in Bezug auf den Saal- und Straßenverkehr konnten erfreuliche Fortschritte festgestellt werden. Der Berichterstatter schloß mit dem Wunsch, sich im kommenden Jahr mehr und mehr der Jugend annehmen zu wollen, zum Wohle und Gedeihen unseres Bundes. Der Haltung des „Vollstreckers“ den Sportlern gegenüber wurde volle Anerkennung gezollt. Den Rassenbericht gab Flügel-Daxlanden, obwohl der Zuschuß aus der Gaukasse sehr spärlich floß, konnte ein Bestand von 81 M. festgestellt werden. Von der hierauf folgenden Diskussion wurde reger Gebrauch gemacht.

Bei dem nun folgenden Vortrag über „Arbeiterbewegung und Sport“ vertrat es Gen. Eisele seine Ansichten zu feststellen und ihnen die Stellungnahme zur gemeinschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung vor Augen zu führen. Diskussion wurde sehr lebhaft, ein Zeichen, daß der Referent im Sinne aller gesprochen haben dürfte. Die gestellten Anträge fanden teils durch Annahme teils durch Ueberweisung an den Gau ihre Erledigung. Den Bericht über das am 7. Mai zu arrangierende Bezirksfest mit Vortragsreihe der Ortsgruppe Eisingen ließ erkennen, daß dasselbe nach dem vorliegenden Programm ein echtes Arbeiter- und Sportfest zu werden verspricht, dem guter Besuch und guter Verlauf zu wünschen ist. Zwei vom Bezirksführer vorgeschlagene Ausfahrten wurden beschlossen, ebenso eine Gauausfahrt nach Weisbach a. d. Hardt. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Weisbach im Albtal bestimmt.

Mit dem Dank für treue Mitarbeit im letzten Jahr, auch mit der Hoff. Bitte im neuen Geschäftsjahr nicht nachzulassen, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Befreiung von der Vergnügungssteuer

Die neuen Bestimmungen über die Vergnügungssteuer vom 28. 8. 1921 (R.G.B. S. 856), die in den einzelnen Gemeinden teils unmittelbar als Steuerordnung gelten, teils einer besonderen Gemeindesteuerordnung als Grundlage dienen, beziehen in Art. II § 1 unter Ziffer 5-7 u. a. auch Verfügungen von Licht- und Schattenbildern, Theateraufführungen, Konzerte und sonstige musikalische und gelungene Aufführungen, Vorträge, Vorlesungen, Deklamationen und Rezitationen in den Kreis der vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen ein und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Veranstaltungen gleichzeitig noch erbauden oder beleuchteten Zwecken dienen. Für Veranstaltungen dieser Art, die ohne die Absicht auf Gewinnerzielung ausschließlich zum Zwecke der Kunstpflege oder der Volksbildung unternommen werden, ist jedoch unter der weiteren Voraussetzung, daß sie von der Landesregierung als gemeinnützig ausdrücklich anerkannt sind, in Artikel II § 2 Ziffer 5 der Vergnügungssteuerbestimmungen Steuerfreiheit zugestanden. Ueber die Anerkennung entscheidet das Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Falls Vereine Darbietungen veranstalten, die an sich als unter Art. II § 1 Ziffer 5-7 der Vergnügungssteuerbestimmungen fallend steuerpflichtig sind, für die aber nach dem oben Gesagten Steuerfreiheit beantragt werden kann, muß die Vereinsgut, alsobald unter Verfüzung der erforderlichen Belege (Satzungen, Geschäftsbericht und dergl.) Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit der betr. Veranstaltungen beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zu stellen.

Die neuen Bestimmungen über die Vergnügungssteuer vom 28. 8. 1921 (R.G.B. S. 856), die in den einzelnen Gemeinden teils unmittelbar als Steuerordnung gelten, teils einer besonderen Gemeindesteuerordnung als Grundlage dienen, beziehen in Art. II § 1 unter Ziffer 5-7 u. a. auch Verfügungen von Licht- und Schattenbildern, Theateraufführungen, Konzerte und sonstige musikalische und gelungene Aufführungen, Vorträge, Vorlesungen, Deklamationen und Rezitationen in den Kreis der vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen ein und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Veranstaltungen gleichzeitig noch erbauden oder beleuchteten Zwecken dienen. Für Veranstaltungen dieser Art, die ohne die Absicht auf Gewinnerzielung ausschließlich zum Zwecke der Kunstpflege oder der Volksbildung unternommen werden, ist jedoch unter der weiteren Voraussetzung, daß sie von der Landesregierung als gemeinnützig ausdrücklich anerkannt sind, in Artikel II § 2 Ziffer 5 der Vergnügungssteuerbestimmungen Steuerfreiheit zugestanden. Ueber die Anerkennung entscheidet das Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Pfeiffer & Diller
Ist die echte, feine, scharfe
Kaffee-Essenz
für jede Küche!
Originaldosen
u. Silberpakete
Zu haben
in den Geschäften!

Damentaschen : Besuchstaschen noch zu **Kaufmanns Stagengeschäft**
Aktenmappen und Klein-Lederwaren mäßigen **für Offenbacher Lederwaren**
Preisen **Steinsstraße 6 II. Steinstraße 6 II.**
Nur beste Fabrikate

Größere Ladenräumlichkeiten

in zentraler Lage von Karlsruhe gelegen, baldigt zu mieten gesucht.
Angebot unter K. E. 1441 an **W. Haasenstein & Vogler, Karlsruhe.**

Durlacher Anzeigen.

Mietzinsbildung.

Zur Mietzinsbildung mit Wirkung vom 1. Januar 1922, ab wurden in einer Besprechung vom 16. 12. 1921, in der die Vertrauensleute der Hausbesitzer und der Mieter vertreten waren, einstimmig folgende Richtlinien festgelegt:

Es wird jedem Hauseigentümer empfohlen, beim Mietzinsbildung ein Formular der amtlichen Mietzinsbildung zu erheben und den Mietern auf aus der die Mietzinsbildung aufzustellen. Der Mietzins berechnet sich wie folgt:

I. Grundmiete:
3% des Steuerwertes der Gebäude vom Jahre 1914.

II. Betriebskosten:
Städt. Umlage u. Kreissteuer 263 Pfg. aus 100 M. Steuerwert
Komm. Umlage 1,25 Pfg.
Lsg. 6,5 Pfg.

Hierauf kommen noch die weiteren Betriebskosten im hohem Betrag. Es wird empfohlen, in den Verträgen des „Wasser- und Kanalisationsgeld“ nicht den tatsächlichen Ausgaben umzulegen und zu erheben.

III. Aufwandskosten:
3% des Steuerwertes von 1914.

Bemerkung wird, daß mit einer Erhöhung der Mietzinsbildung zu rechnen ist.

Veränderungen der Steuerätze z. bedingen auch den Mietzinsbildung. Es wird empfohlen, die Mietzinsbildung möglichst rechtzeitig auszuführen. Die Mietzinsbildung erfolgt am besten am 1. April ds. Jrs. für am wirksamsten erklären. Ferner werden hierdurch alle beim Mietzinsbildung am 1. Januar 1922 Mietzinsbildungen auf die gemäß

der obigen Bestimmungen durch die Mietzinsbildungskommission errechneten Beträge festgelegt und sind damit als erledigt anzusehen. Jeder Partei wird hierüber besondere Rücksicht zugehen.

Durlach, den 20. März 1922. 561

Mietzinsbildungskommission Durlach-Stadt
Der Vorsitzende: Der Schriftführer:
Dr. Josef. D. I. M.

Konsumverein Durlach und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. 1257]

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß wir diese Woche

Zucker

1/2 Pfund pro Kopf der Familie verpackt. Ferner empfehlen wir

Speck

per Pfund Mk. 37.-
Frisch eingetroffen:

Schmalz

Auf unsere billigen

Mehle, Futter- u. Düngemittel

machen wir besonders aufmerksam.

Der Vorstand.
NE. Sonntag, den 26. März 1922, nachmittags 1/2 Uhr Generalversammlung im Gasthaus zum „Lamm“ Durlach.

Kleinvorkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 21.-27. März 1922.

Gemüse:

Wasserkresset Pfund bis 400.-
Wasserkresset Pfund bis 150.-
Wasserkresset Pfund 1000.-
Wasserkresset Stück bis 30.-
Wasserkresset Pfund bis 400.-
Wasserkresset Pfund bis 150.-
Wasserkresset Pfund bis 250.-
Wasserkresset Pfund 150.-
Wasserkresset Pfund 350.-

Obst:

Äpfel nach Güte Pfund 400.-500.-
Äpfel nach Güte Pfund 400.-500.-

Durlach, den 20. März 1922. 560
Stadt. Preisprüfungsamt.

ECHE Waltharius Hienlong-Essenz

extraktartig (12 Fl. Mk. 50.-, bei 24 Fl. Mk. 100.- franco und inklus. Zu haben in Apotheken und Drogerien. Hersteller Laboratorium E. Walthar, Halle a. S.-Trotha 164 ...

Von Versailles bis London

von Dr. Emil Kraus, Heidelberg
Drei Jahre deutscher Außen-Politik

Ansichtskarten
Briefpapiere
in guter Auswahl.

Volksbuchhandlung
Karlsruhe
Hofstraße, 10. Tel. 3701.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenkartikel u. s. w.
empfehlen in großer Anzahl
Karl Hummel, Werderstr. 13
Stahlwaren-Geschäft, Rasiermesserhochschleifer

Auf dem Deckel

Rotfroschgestalt
innen der
Qualitätsgehalt!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: Werner & Mertz A. G. Mainz.

